

MUSTERANFRAGE zum Thema Interkulturelles Maßnahmenprogramm

Sehr geehrte/r Frau/Herr Vorsitzende/r,

ich bitte die folgende Anfrage zur Beantwortung an die Verwaltung weiterzuleiten.

1. Wie viele Menschen mit Migrationsgeschichte sind in der kommunalen Verwaltung der Stadt XXX beschäftigt?
2. Ist die Verwaltung der Stadt XXX mit der Thematik der Interkulturellen Öffnung betraut? Wenn ja: welche konkreten Maßnahmen für eine Interkulturelle Öffnung werden veranschlagt?
3. Gibt es außerdem Maßnahmen (Fortbildungen, Workshops, Informationsveranstaltungen etc.) für städtische Mitarbeiter*innen, im Rahmen welcher eine Auseinandersetzung und eine tiefergehende Sensibilisierung mit der Thematik des Rassismus stattfindet? Wenn ja: wie sehen diese Maßnahmen konkret aus? Werden diese Maßnahmen von einer hohen Anzahl der Mitarbeiter*innen wahrgenommen?

Begründung:

In NRW hatten im Jahr 2015 gerade mal 11,5% der Beschäftigten in der städtischen Verwaltung einen Migrationshintergrund, wobei dies noch über dem bundesweiten Durchschnitt liegt. Die interkulturelle Öffnung sollte als die zentrale Aufgabe der kommunalen Verwaltung gesehen werden. Ein interkulturelles Abbild der Verwaltung lässt sich als Vorbild für das Miteinander in der Stadtgesellschaft heranziehen. Mithilfe der Interkulturellen Öffnung werden Orte der Begegnungen geschaffen, welche Stigmatisierungen und Pauschalisierungen von Minderheiten positiv entgegenwirken und gezielt Vorurteile und Stereotype aufbrechen.

Die Verwaltung nimmt darüber hinaus eine entscheidende Rolle bei der Einbringung von Migrant*innenorganisationen ein. Die Förderpolitik der öffentlichen Verwaltung kann in entscheidendem Maße eine erfolgreiche Auseinandersetzung und Umgangsweise mit Rassismus und Rechtsextremismus garantieren und dementsprechend einen entscheidenden Beitrag für ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben in der Gemeinde/Stadt leisten. Die nachhaltige Verfolgung des Ziels der Interkulturelle Öffnung der kommunalen Verwaltung stellt

dementsprechend eine präventive Maßnahme gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus dar.

Von den Mandatsträger*innen wird eine Sensibilisierung der Verwaltungsmitarbeiter*innen für Themen des Rassismus, Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Form von Qualifizierungsmaßnahmen als Ausgangspunkt für eine erfolgreiche und nachhaltige Interkulturelle Öffnung der Stadt XXX gesehen.